

KOMMENTAR

Der SPD fehlt das Projekt

PARTEIEN Die Genossen haben noch immer nicht Tritt gefasst. Daran ändert auch ihr Zukunftsprogramm nichts.

Opposition ist Mist“, lautet ein mittlerweile geflügeltes Wort des früheren SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering. Eingedenk dessen muss es für die SPD ein guter Start ins Jahr werden. Denn in Hamburg kann sich der Kandidat der Sozialdemokraten, der frühere Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, gute Hoffnungen machen, den „Mist“ hinter sich zu lassen und die Wahlen am 20. Februar zu gewinnen. Auch in Rheinland-Pfalz dürfte den Genossen die Oppositionsbank erspart bleiben. Allein, diese Erfolge täuschen über einen wichtigen Punkt hinweg: Die SPD hat es immer noch nicht geschafft, nach dem Wahldebakel von 2009 Tritt zu fassen. Daran ändert auch die Klausur der Parteispitze nichts, die gestern zu Ende gegangen ist. Die SPD bleibt dort, wo sie 2009 gestrandet ist: Auf der Sandbank der selbst verschuldeten Undefinierbarkeit.

Mit einem Fortschrittspapier wollen sich die Sozialdemokraten im Wahljahr neu aufstellen. Wer es liest, bekommt ein paar Ideen präsentiert, die für Schlagzeilen taugen: Von einer Entlastung der Familien und Einkommen im Bereich bis 3000 Euro brutto ist die Rede. Dafür soll der Spitzensteuersatz auf bis zu 49 Prozent angehoben, das Ehegattensplitting soll abgelöst werden. Auch soll die unter Schwarz-Gelb eingeführte Steuer-Ermäßigung rückgängig gemacht werden. Vieles, was im Programm zum Thema gesellschaftliche Teilhabe und gerechterer Verteilung geschrieben steht, klingt im sozialdemokratischen Sinne wünschenswert und durchaus vertretbar – für viele andere dürfte es vor allem nach Umverteilung und Mehrbelastung klingen.

Trotzdem: Irgendwie bleibt das Gefühl, die SPD verharre nach wie vor im Kreis der nächtlich streunenden Katzen. Und die eint bekanntlich eine Tatsache: Sie sind alle grau.

Wie die Union es lange tat (und oft noch tut), so müht sich auch die SPD noch damit ab, die Folgen der großen Koalition hinter sich zu lassen. Die in der Bilanz äußerst positive Regierung



VON CHRISTIAN KUCZNIARZ, MZ

Diskutieren Sie mit:
www.mittelbayerische.de/forum

mit der Union hat beide Seiten dorthin gerückt, wo CDU-Chefin Angela Merkel immer noch hinstrebt: in die Mitte. Die CDU, so heißt es, leide unter einer Sozialdemokratisierung. Die SPD, so die folgerichtige Beobachtung, leidet unter einer Unionisierung. Die Grenzen sind verwischt, das Profil hat gelitten. Nirgendwo lässt sich dies deutlicher erkennen als daran, dass nicht die SPD Gewinner der Koalition aus Union und FDP ist, sondern die Grünen.

Der SPD fehlt das Projekt. Derzeit versuchen die Genossen, den Sieg, den die Blockade der Hartz-IV-Reform zweifelsfrei darstellt, für sich auszukosten. Der Erfolg freilich wird ausbleiben. Weil die Sozialdemokraten die Hartz-Gesetze eingeführt haben, können sie sie nicht komplett umbauen, ohne sich selbst unglaublich zu machen. Die möglichen anderen Projekte, die auch im Fortschrittsprogramm benannt werden, sind bereits abgeschlossen, etwa das Energiekonzept oder die Gesundheitsreform. Bleiben also die Visionen für eine gerechtere Gesellschaft, die zwar schön klingen, aber dennoch nicht gerade profilschärfend sind. Die Genossen seien an dieser Stelle an ein anderes Zitat aus SPD-Mund erinnert: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, hatte Helmut Schmidt einst gesagt.

Nein, die SPD muss an kleinen Beispielen zeigen, wofür sie steht. In der Sarrazin-Debatte hatte sie die Chance dazu. Ihr Vorsitzender Sigmar Gabriel hat im Interview mit dieser Zeitung das Konzept der Leitkultur, das aus dem Grundgesetz hervorgehe, als Richtschnur für eine Integrationskultur genannt. Aber wirklich scharf – und wirklich falsch – Thesen hatte nur Sarrazin selbst.

Wenn die SPD eines lernen kann von dem unsäglichen Provokateur, dann die Provokation selbst. Ein nett gemeintes Fortschrittsprogramm mit wenigen harten Forderungen dürfte sonst seinen Platz neben anderen gut gemeinten Zukunftskonzepten finden: In einem dunklen und staubigen Regal des Willy-Brandt-Hauses.

WEITERE KOMMENTARE

Dioxin-Skandal: Jede Krise bietet auch eine Chance. Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner sollte sie nutzen. ➔ SEITE 2

Öl-Katastrophe: Der Abschlussbericht der Öl-Kommission ist vernichtend. Doch ein Umdenken bleibt aus. ➔ SEITE 8

PRESSESTIMMEN

deVolkskrant

Die Amsterdamer Zeitung zu den USA: „An radikalisierten Figuren, die glauben, eine Tat vollbringen zu müssen, hat die amerikanische Geschichte keinen Mangel. Damit ist freilich nicht gesagt, dass der Attentäter Loughner ein Exzentriker ist, wie er überall und zu jeder Zeit zuschlagen könnte. Denn sein Grundmotiv – eine intensive Abneigung gegen eine Regierung, die als Feind des Volkes anzusehen sei – entspricht dem militanten Auftreten des rechten Flügels der Republikaner. Fast jeder in der amerikanischen Politik spielt zu hart. Doch unübersehbar wird das meiste Gift derzeit von rechts versprüht, wo immer wieder suggeriert wird, dass der Mann im Weißen Haus kein echter Amerikaner ist.“

DER TAGESSPIEGEL

Das Berliner Blatt zur Bahn: „Das System krankt an einem Strukturproblem: Die Bahn kann machen, was sie will, echte Transparenz darüber, was der Konzern mit dem vielen Staatsgeld anstellt, gibt es nicht. Und Druck bei schlechten Leistungen muss er auch kaum befürchten.“

Hessische Allgemeine

Die Zeitung aus Kassel zur SPD: „Wir wollen mehr Demokratie wagen – dieser Satz aus der Willy Brandts Regierungserklärung 1969 ist zur Legende geworden, zur Metapher für eine Politik, die die Verkrustungen der 50er- und 60er-Jahre aufbrechen wollte. Manches hat sich nicht erfüllt, doch der Slogan bleibt für die Sozialdemokratie eine Erinnerung an die großen Zeiten, da man Menschen begeisterte und Bundestagswahlen gewann. Wohl darum hat die SPD ihren Programmentwurf ‚Neuer Fortschritt und mehr Demokratie‘ betitelt.“

Frankfurter Rundschau

Das Frankfurter Blatt zur Organspende: „Die Abgeordneten des Bundestags können sich demnächst als Lebensretter betätigen – wenn sie einer Neuregelung der Organspende in Deutschland zustimmen. Seit Jahren herrscht hierzulande Organmangel. Täglich sterben schwer kranke Menschen, während sie auf einer Warteliste für eine Transplantation stehen. Die Organe, die sie retten könnten, werden in der Erde verscharrt oder verbrannt.“



Karikatur: Mester

Neuer Weg, um Streit zu lösen

GESETZESENTWURF Die Rechtsprechung kann auf Mediation nicht mehr verzichten.

AUSSENANSICHT



ELISABETH METTE
Die Autorin ist Präsidentin des Bayerischen Landessozialgerichts München.

Stuttgart 21 und die Mediationen zum Pflege-TÜV sowie zur Ladenöffnung an Adventssonntagen haben gezeigt, dass die Bürger in Deutschland neue Wege der Streitschlichtung gehen wollen. Da trifft es sich gut, dass die EU auch der Bundesrepublik aufgegeben hat, bis Mai 2011 ein Mediationsgesetz zu erlassen. Es wird auch die richterliche Mediation regeln müssen.

Mit der Rechtsprechenden Gewalt als dritter Gewalt verbinden viele das Bild vom Urteil eines schwarz gekleideten Richters hinter einem mit Akten beladenen Tisch. In vielen Gerichtszweigen ist das längst nicht mehr aktuell. Vor allem an Arbeits-, Familien- und Sozialgerichten enden Prozesse überwiegend ohne Urteil. Der gesetzliche Auftrag, eine gütliche Einigung herbeizuführen, hat besondere Bedeutung gewonnen, wo es offensichtlich ist, dass alle Beteiligten in jahrelangen Streitigkeiten über mehrere Instanzen nur Schaden nehmen können.

Die richterliche Mediation trägt diese Entwicklung weg vom Recht und Schuld zuweisenden Richter hin zum Mittler mit dem Ziel beiderseitiger Schadensvermeidung nochmals einen großen Schritt weiter. Ohne Autorität zum Richterspruch können Kläger und Beklagte nach der international anerkannten und bewährten Schrittfolge der Mediation eine Lösung

finden, für deren Entstehen und auch Umsetzung in die Realität sie selbst die Verantwortung tragen. So bleiben auch Folgestreitigkeiten – eine Geisel der Rechtsprechung – bei Mediationen regelmäßig aus. Darin liegt mit der Zeitersparnis und der hohen Erfolgsquote von über 80 Prozent der nachgewiesene Vorteil der Mediation.

Recht und Gesetz bleiben dabei nicht auf der Strecke – auch wenn Gegner der Mediation das behaupten. Bereits in der seit 1996 eingeführten anwaltlichen Mediation ist es Konsens, dass Mediatoren eine besondere Verantwortung für das Mediationsergebnis zukommt, Ungleichgewichte werden auch dort mit Unterbrechungen und Aufträgen zur weiteren Abklärung verhindert. Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der freien Mediatoren sind nicht zu erkennen, richterliche Mediation befasst sich nur mit bei Gericht anhängigen Verfahren.

Ein Beispiel durchgeführter Mediationen: Eine Pflegeeinrichtung empfand eine ungenügende Bewertung

durch den „Pflege-TÜV“ als unsachlich, weil ohne Bezug auf die Besonderheiten des Kleinbetriebs ergangen. Gegen die Veröffentlichung des „Pflege-TÜV“ setzte sich der Betrieb mit gerichtlichen Eilanträgen und einem Klageverfahren zur Wehr. Damit war eine Situation entstanden, die Stoff für jahrelange Prozesse über mehrere Instanzen bot und einer außergerichtlichen Mediation wegen der bestehenden Anhängigkeit nicht zugänglich war. Die anwaltlichen Vertreter hätten den Streit an einen Anwaltsmediator nicht wieder hinausgegeben.

Die von den beteiligten Rechtsanwälten stets als äußerst positiv bewertete gerichtliche Mediation hat ihre Türöffnerfunktion wahrgenommen: Betriebskrankenkassen bieten zur Streitlösung die vorgerichtliche Mediation an. Rechtsschutzversicherer übernehmen die Kosten. Meiner eigenen Erfahrung als Richter-Mediatorin entspricht es, dass dieser Streitlösungsweg für viele – wenn auch sicher nicht für alle – gerichtliche Verfahren eine gute Alternative darstellt. Stellvertretend für die Landessozialgerichte fast aller Bundesländer kann ich deshalb resümieren: die Dritte Gewalt wird es sich nicht leisten können, auf die Mediation als international anerkanntes, wissenschaftlich untermauertes und in der gerichtlichen Praxis bewährtes Instrumentarium zu verzichten.

➔ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen



- 01 Amberger verschollen** Bodo Ruf nach brach im Sommer 2008 zu einer Weltumsegelung auf – vielleicht war es sein letztes Abenteuer.
- 02 Verbotene Liebe** Ein 24-jähriger Regensburger hatte eine Affäre mit einer Zwölfjährigen. Nun wurde er wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilt und muss hinter Gitter.
- 03 Terrororganisation** Die ETA erklärt einen „dauerhaften Waffenstillstand“.
- 04 Fernsehshow** Am Freitag ziehen elf Kandidaten ins RTL-Dschungelcamp.

Kino-Tipp

Was flimmert gerade über die nächste Leinwand? Gibt es Neues aus Ihrem Lieblings-Genre und welche Filme sind wirklich sehenswert? Das und mehr erfahren Sie auf unserer Kinoseite.

www.mittelbayerische.de/kino



Video des Tages

Der Schütze von Tuscon richtete am Samstag ein Blutbad an und verletzte unter anderem die Politikerin Gabrielle Giffords – nun steht er vor dem Richter.
www.mittelbayerische.de/video

-Thema
twitter

In Niederbayern hat ein Glückspilz den Lotto-Jackpot geknackt. Was würdet ihr mit 3,5 Millionen machen?

Reaktionen der Follower:

Mit 3,5 Millionen? Firma gründen, meine Idee damit finanzieren und neue Arbeitsplätze schaffen! m79b

Mit dem Wohnmobil um die Welt... Mehr Erlebnisse und Eindrücke kann man für Geld nicht kaufen. :) Gruß, Jott gongfm

Begleiten Sie unser tägliches Redaktionsgewitzcher unter twitter.com/mz_de
Diskutieren Sie mit uns weiter unter facebook.com/mittelbayerische